

Bürgerbegehren: Unzulässigkeitserklärung der Bezirke rechtlich und politisch falsch!

- Juristen der IFI: Unzulässigkeitserklärung rechtlich nicht haltbar
- Rekordergebnis für Bürgerbegehren in Wandsbek
- Bau-Moratorium des Senats würde den jetzt folgenden Rechtsstreit überflüssig machen
- Aushebeln der Volksgesetzgebung wird die Mehrheit der Hamburger nicht umstimmen

12. April 2016

Die Initiatoren des Dachverbandes IFI kritisieren das juristische Vorgehen der Bezirke gegen die Bürgerbegehren. Die Juristen der IFI werden zudem rechtliche Schritte einleiten. Klaus Schomacker, Sprecher des Dachverbandes: "Uns beschleicht der Eindruck, als wolle der Senat um jeden Preis weiterbauen. Angesichts der in Wandsbek gestern bereits abgegebenen 4049 Unterschriften für das Bürgerbegehren und des Rekordergebnisses für unsere Volksinitiative ist das nicht nur ein rechtlicher, sondern auch ein politischer Fehler. Denn wir glauben nicht, dass der Senat die Mehrheit der Hamburger ausgerechnet durch das Aushebeln der Volksgesetzgebung umstimmen kann."

Die gestern abgegebenen Wandsbeker Unterschriften für das Bürgerbegehren müssten eigentlich zu einem Baustopp bei allen Großunterkünften im Bezirk führen. In den anderen Bezirken wird derweil weiter gesammelt.

Die Unterschriften in Wandsbek wurden in der Rekordzeit von nur vier Tagen gesammelt. Für ein Drittelquorum hätte schon rund die Hälfte davon gereicht. Dabei lag der Sammelschwerpunkt in Hummelsbüttel und Poppenbüttel, also einem kleinen Ausschnitt des gesamten Bezirkes.

Die Juristen des Dachverbandes werden die Begründungen des Bezirks auswerten und bereiten sich auf die rechtlichen Schritte vor.

„Wir sammeln weiter! Der Senat könnte dieses ganze rechtliche Hickhack sofort stoppen, wenn endlich ein Bau-Moratorium für die Dauer der Verhandlungen ausgerufen wird. Die Umfragen und die Rekordergebnisse der Volksinitiative sowie der Bürgerbegehren legen diesen Schritt mehr als nahe“, ergänzt Klaus Schomacker abschließend.

Zum Hintergrund

Im Rahmen der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ wurden in der Zeit vom 26. Februar bis zum 2. März 2016 in nur knapp 5 Tagen über 26.000 Unterschriften gesammelt. Sowohl Vizekanzler Sigmar Gabriel als auch Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks haben sich zuletzt öffentlich für kleine Einheiten bei der Flüchtlingsunterbringung bzw. für einen gemischten Wohnungsbau anstelle von Flüchtlingswohnungsbau ausgesprochen.